



Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG)

Änderung vom 1. Oktober 2021

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in den Bericht der Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates
vom 4. Februar 2021¹
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 14. April 2021²,
beschliesst:

I

Das Bundesgerichtsgesetz vom 17. Juni 2005³ wird wie folgt geändert:

Art. 122 Bst. a

Die Revision wegen Verletzung der Konvention vom 4. November 1950⁴ zum
Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) kann verlangt werden,
wenn:

- a. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem endgültigen Urteil
(Art. 44 EMRK) festgestellt hat, dass die EMRK oder die Protokolle dazu
verletzt worden sind, oder den Fall durch eine gütliche Einigung (Art. 39
EMRK) abgeschlossen hat;

II

Die Änderung anderer Erlasse wird im Anhang geregelt.

¹ BBl 2021 300

² BBl 2021 889

³ SR 173.110

⁴ SR 0.101

III

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 1. Oktober 2021

Der Präsident: Andreas Aebi

Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 1. Oktober 2021

Der Präsident: Alex Kuprecht

Die Sekretärin: Martina Buol

Ablauf der Referendumsfrist und Inkraftsetzung

¹ Die Referendumsfrist für dieses Gesetz ist am 20. Januar 2022 unbenützt abgelaufen.⁵

² Es wird auf den 1. Juli 2022 in Kraft gesetzt.

29. April 2022

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident: Ignazio Cassis

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

⁵ BBl 2021 2319

Anhang
(Ziff. II)

Änderung anderer Erlasse

Die nachstehenden Erlasse werden wie folgt geändert:

1. Verwaltungsverfahrensgesetz vom 20. Dezember 1968⁶

Art. 66 Abs. 2 Bst. d

² Ausserdem zieht sie ihn auf Begehren einer Partei in Revision, wenn:

- d. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem endgültigen Urteil festgestellt hat, dass die Konvention vom 4. November 1950⁷ zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) oder die Protokolle dazu verletzt worden sind, oder den Fall durch eine gütliche Einigung (Art. 39 EMRK) abgeschlossen hat, sofern eine Entschädigung nicht geeignet ist, die Folgen der Verletzung auszugleichen, und die Revision notwendig ist, um die Verletzung zu beseitigen.

2. Zivilprozessordnung⁸

Art. 328 Abs. 2 Bst. a

² Die Revision wegen Verletzung der Konvention vom 4. November 1950⁹ zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) kann verlangt werden, wenn:

- a. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem endgültigen Urteil (Art. 44 EMRK) festgestellt hat, dass die EMRK oder die Protokolle dazu verletzt worden sind, oder den Fall durch eine gütliche Einigung (Art. 39 EMRK) abgeschlossen hat;

Art. 396 Abs. 2 Bst. a

² Die Revision wegen Verletzung der EMRK¹⁰ kann verlangt werden, wenn:

- a. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem endgültigen Urteil (Art. 44 EMRK) festgestellt hat, dass die EMRK oder die Protokolle dazu

⁶ SR 172.021

⁷ SR 0.101

⁸ SR 272

⁹ SR 0.101

¹⁰ SR 0.101

verletzt worden sind, oder den Fall durch eine gütliche Einigung (Art. 39 EMRK) abgeschlossen hat;

3. Strafprozessordnung¹¹

Art. 410 Abs. 2 Bst. a

² Die Revision wegen Verletzung der Konvention vom 4. November 1950¹² zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) kann verlangt werden, wenn:

- a. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem endgültigen Urteil (Art. 44 EMRK) festgestellt hat, dass die EMRK oder die Protokolle dazu verletzt worden sind, oder den Fall durch eine gütliche Einigung (Art. 39 EMRK) abgeschlossen hat;

4. Militärstraßprozess vom 23. März 1979¹³

Art. 200 Abs. 1 Bst. f

¹ Die Revision eines rechtskräftigen Strafmandats oder Urteils kann verlangt werden, wenn:

- f. der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in einem endgültigen Urteil festgestellt hat, dass die Konvention vom 4. November 1950¹⁴ zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) oder die Protokolle dazu verletzt worden sind, oder den Fall durch eine gütliche Einigung (Art. 39 EMRK) abgeschlossen hat, sofern eine Entschädigung nicht geeignet ist, die Folgen der Verletzung auszugleichen, und die Revision notwendig ist, um die Verletzung zu beseitigen; in diesem Fall muss das Revisionsgesuch innert 90 Tagen eingereicht werden, nachdem das Urteil oder die Entscheidung des Gerichtshofs endgültig geworden ist.

¹¹ SR 312.0

¹² SR 0.101

¹³ SR 322.1

¹⁴ SR 0.101